Beschluß der Bürgerschaft

vom 14. November 1883.

1. Neustadtsgraben.

Die Bürgerschaft hat den Bericht der Deputation für die Spaziergänge dankend entgegengenommen.

2. Regelung der Verhältnisse des Amts Bremerhaven.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der beantragten Gehaltsbewilligung für den Polizeikommissär **Pohl** einverstanden.

3. Nachbewilligung für das Landgericht.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der beantragten nachträglichen Erhöhung des im Ausgabenetat Nr. 31 unter IV. 3 ausgeworfenen Fonds um ℳ. 2500 einverstanden.

4. Nachbewilligung für den Sicherheitshafen.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit der beantragten Nachbewilligung von ℳ. 11 200 einverstanden.

5. Regulirung der Lützowerstraße.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit dem Abschluß eines Vertrages mit **Johann Erhard Meyer** unter den im Berichte der Baudeputation angegebenen Bedingungen, sowie mit der Uebernahme des Kaufpreises zum Belaufe von ℳ. 2770 nebst den halben Lassungskosten auf den Fonds zur Regelung von Baulinien einverstanden und bewilligt die Pflasterkosten im Betrage von ℳ. 3200 nachträglich zur Disposition der Abtheilung für den Straßenbau.

6. Errichtung eines Preußisch-Oldenburgisch-Bremischen Quarantäneamtes in Bremerhaven.

Die Bürgerschaft hat den Bericht dankend entgegengenommen.

7. Tilgung der Börsenanleihe.

Die Bürgerschaft ertheilt hierdurch dem Senat die beantragte Ermächtigung zur Uebernahme der von der Sparkasse nachgesuchten Garantie.

8. Ruhegehalt des ordentlichen Lehrers an der Seefahrtschule A. Bermpohl.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit dem Antrage des Senats einverstanden.

9. Verkauf des Hauses an der Albrechtstraße Nr. 25 A.

Die Bürgerschaft erklärt sich mit dem Abschlusse eines Kaufvertrages in Gemäßheit des Antrages der Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke einverstanden, genehmigt auch, daß die Verkaufskosten, soweit sie vom Staate zu tragen sind, demnächst vom Kaufpreise abgesetzt werden.

10. Witwenkasse des ehemaligen Stadtmilitärs.

Die Bürgerschaft genehmigt die zum Berichte der Finanzdeputation vom 1. Mai d. J. sub II. gestellten Anträge.